

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Dr. Anton Hofreiter, Bettina Herlitzius, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/5041 –

Transparenter Stresstest für die Leistungsfähigkeit des Bahnprojekts Stuttgart 21

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, als Eigentümer der Deutschen Bahn AG dafür Sorge zu tragen, dass ein Steuerungsgremium für den Stresstest für die Leistungsfähigkeit des Bahnprojekts Stuttgart 21 eingerichtet wird, in dem Vertreter des Aktionsbündnisses vertreten sind; dass die Dateneingabe, Datenverarbeitung, Interpretation, Durchführung, Auswertung (einschließlich der Zwischenergebnisse) und Gesamtbeurteilung des Stresstests transparent und öffentlich erfolgen; dass die Federführung bei der Durchführung des Stresstests durch einen unabhängigen externen Gutachter erfolgt; dass vor der eigentlichen Belastungssimulation unter Hinzuziehung unabhängiger Gutachter Einvernehmen hergestellt wird zwischen der Deutschen Bahn AG, dem Land und dem Aktionsbündnis über die Konkretisierung der Aufgabenstellung und die zentralen Eingangsgrößen für den Stresstest, insbesondere über die zu untersuchenden Betriebskonzepte (Fahrpläne) und dass dem Aktionsbündnis zur fachlichen Unterstützung ein Co-Gutachter zur Seite gestellt wird, der von diesem benannt werden kann.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/5041 abzulehnen.

Berlin, den 23. März 2011

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Winfried Hermann
Vorsitzender

Dr. Stefan Kaufmann
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Stefan Kaufmann

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/5041** in seiner 96. Sitzung am 17. März 2011 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, als Eigentümer der Deutschen Bahn AG dafür Sorge zu tragen, dass ein Steuerungsgremium für den Stresstest für die Leistungsfähigkeit des Bahnprojekts Stuttgart 21 eingerichtet wird, in dem Vertreter des Aktionsbündnisses vertreten sind; dass die Dateneingabe, Datenverarbeitung, Interpretation, Durchführung, Auswertung (einschließlich der Zwischenergebnisse) und Gesamtbeurteilung des Stresstests transparent und öffentlich erfolgen; dass die Federführung bei der Durchführung des Stresstests durch einen unabhängigen externen Gutachter erfolgt; dass vor der eigentlichen Belastungssimulation unter Hinzuziehung unabhängiger Gutachter Einvernehmen hergestellt wird zwischen der Deutschen Bahn AG, dem Land und dem Aktionsbündnis über die Konkretisierung der Aufgabenstellung und die zentralen Eingangsgrößen für den Stresstest, insbesondere über die zu untersuchenden Betriebskonzepte (Fahrpläne) und dass dem Aktionsbündnis zur fachlichen Unterstützung ein Co-Gutachter zur Seite gestellt wird, der von diesem benannt werden kann.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/5041 in seiner 51. Sitzung am 23. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 17/5041 in seiner 33. Sitzung am 23. März 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Berlin, den 23. März 2011

Dr. Stefan Kaufmann
Berichtersteller

